

LINKS IM DRUCK

JUSOS IN MÜNCHEN AUSGABE 2017/2

Wahldebakel +++ Gefährdergesetz +++ Wahlkampfberichte

Liebe Leserin, lieber Leser,

endlich haltet ihr die neue Ausgabe unserer Links im Druck (LiD) in den Händen. Der Sommer 2017 war vom Wahlkampf geprägt. Voller Hoffnung waren zahlreiche Jusos auf der Straße, in den Bars und an der Isar, um potentielle Wählerinnen und Wähler von der SPD und Martin Schulz zu überzeugen. Dafür möchten wir uns bei euch allen sehr herzlich bedanken! Ein paar Eindrücke haben wir in dieser LiD festgehalten.

Leider ist die Wahl trotz allem nicht so ausgegangen wie wir uns das gewünscht hätten. Nun gilt es das Beste aus der Wahlniederlage zu machen, das heißt unserer Verantwortung als kritischer Opposition gerecht zu werden und die SPD neu aufzustellen.

Sowohl inhaltlich als auch organisatorisch müssen wir uns fragen, was wir als Sozialdemokratie wollen und wie wir das gemeinsam mit einer breiten Bewegung für mehr soziale Gerechtigkeit schaffen. Dabei wollen wir uns als Jusos einbringen, denn wir sind die Zukunft der Partei.

In diesem Sinne: macht mit und bringt euch ein, die SPD braucht euch! Wir hoffen diese LiD macht Lust auf Mehr und wir sehen uns bei unseren nächsten Veranstaltungen! Bis dahin: viel Spaß beim Lesen!

Eure



Impressum

Links im Druck - Mitgliederzeitschrift der Jusos München

Druck: Onlineprinters GmbH

V.i.S.d.P.: Lena Sterzer, Jusos München. Oberanger 38 / 4. Stock, 80331 München

Redaktion: Timothy Hall, Carmen Wegge

Layout: Timothy Hall

Auflage: 1.250

Erscheinungsweise: 3 Ausgaben im Jahr 2017

Wir freuen uns über Mitarbeit, Kritik, Artikel und andere Rückmeldungen

Kontakt über lid@jusos-m.de oder über Timothy Hall (hall@jusos-m.de)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Die Redaktion behält sich vor, Artikel abzulehnen oder zu kürzen.

Wenn Sie spenden wollen: Jusos München, Stadtparkasse München

IBAN: DE93 7015 0000 0000 1115 00/ Wir stellen Ihnen unaufgefordert eine steuerabzugsfähige Spendenquittung aus.

Schwierige Zeiten

- 2 Wahlergebnis Opposition
- 6 Die Unendlichkeitshaft
- 10 Stress einer Facebook Moderatorin
- 12 Verbot von linksunten.indymedia
- 13 Die Digitalisierung in der Schule

Verbandsberichte

- 14 Wahlkampfserlebnisse
- 18 Das Verbandscamp 2017
- 19 Bericht vom Bundesparteitag
- 20 Bericht von der Unterbezirkskonferenz
- 21 Neu im Vorstand

Ausblick

- 22 Das Feldcafé der VolxKüche München e.V.

Wahlergebnis Opposition

von Christian Köning

Das Ergebnis der Bundestagswahlen 2017 ist aus zweierlei Gründen ein Desaster. Einerseits hat die SPD eine Niederlage historischen Ausmaßes erfahren, andererseits ist mit der AfD eine in großen Teilen neonazistische Partei in das Parlament eingezogen. In München haben wir mit 16,2% ebenfalls ein niederschmetterndes Ergebnis, als SPD sind wir nur dritte politische Kraft und haben erneut kein Direktmandat gewinnen können.

Die ersten Reaktionen am Wahlabend zeigen uns : Die SPD scheint bereit ihre politische Rolle wenigstens kurzfristig neu zu definieren. Eine weitere Regierungsbeteiligung mit der Union, die noch stärker verloren hat, wurde glaubhaft ausgeschlossen. Dennoch lassen die Entwicklungen danach bereits wieder an ein „Weiter so“ an der Parteispitze glauben. Die Bundestagsfraktion erhält vom Parteivorsitzenden vor ihrer ersten Zusammenkunft bereits eine Vorsitzende in einem fein-säuberlich ausgehandelten Personaltableau vorgesetzt, vom Generalsekretär ganz zu schweigen. Zwar gibt es Regionalkonferenzen, allerdings kennen wir dieses Vorgehen bereits. Über die Wortmeldungen der „Granden“ Schröder, von Dohnanyi, aber auch hier aus München, lohnt sich selbst Verärgerung nicht sonderlich.

Doch unabhängig von Personalfragen stellen sich für mich, und so glaube ich auch für die Jusos München, sowohl bezogen auf die Bundespolitik als auch für die Münchner Stadtpolitik zuerst mehr Fragen, als vor-schnelle Antworten und Forderungen. Zu Fragen ist von zentraler Bedeutung. Auch wenn es Fragen und Analyseprozesse nach verlorenen Wahlen immer wieder gibt und die Rufe nach Erneuerung der SPD, beispielsweise gerade vorgetragen aus dem Kreis um den Abgeordneten Marco Bülow oder SPD++, ist es mindestens notwendig offen zu streiten. Eine Analyse zu verhindern oder sich nicht daran zu beteiligen und lediglich über Personalien zu diskutieren, wäre fatal. Wenn die SPD aus dieser Situation positiv herauskommen wird, dann nur mit einer lebendigen Diskussionskultur, in der es erlaubt sein muss, um Analyse und Bewertung zu streiten. Für mich stellen sich drei Fragen, die ich aufwerfe und erste Anhaltspunkte zu ihrer Beantwortung glaube liefern zu können. Am Ende jeden Absatzes jedoch, stellen sich weitere Fragen, für die die SPD auch Beschlüsse fassen sollte. Nur ein breites und beständiges Ringen um den richtigen Weg hilft der Sozialdemokratie dabei erneut eine Leitidee in der Gesellschaft zu werden. Und nur dann können wir Wahlen gewinnen. Und nur dann können wir auch erfolgreich regieren. Nichts zeigt das mehr, als die mitunter orientierungslose Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung der jüngeren Vergangenheit. Wenn wir nur das sagen, was politisch auch innerhalb der Partei opportun ist, was Einzelpersonen nützlich erscheint um anerkannt zu werden, sind wir Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Viel zu oft habe ich das schon wieder innerhalb der letzte Woche nach der Wahl gehört.



Wie weiter mit der AfD umgehen?

Im Wahlkampf sind sowohl an den Türen als auch an den Infoständen, bei Nachtverteilkaktionen oder bei Straßenaktionen immer wieder WählerInnen auf mich zugekommen, die von Beginn an vorgefertigte Geschichten erzählten, die voll waren an rassistischen und meist islamophoben Vorurteilen und Aussagen oder mindestens eine Ablehnung der sogenannten Flüchtlingspolitik von Angela Merkel (eigentlich muss man sagen: lediglich der Entscheidung von Herbst 2015, das Schengener Abkommen kurzzeitig außer Kraft zu setzen; denn die Verschärfungen im Asylrecht oder die letztlich Schließung der sog. Balkanroute über das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei waren kein Thema.

Das vermeintliche „dem Volk auf das Maul schauen“, dass die Große Koalition unter Führung der angeblich so mütterlichen Kanzlerin im Anschluss an den Herbst 2015 durchführte, spielten zu keinem Zeitpunkt in diesem Wahlkampf irgendeine Rolle) ausdrückten. Es ging beispielsweise um „schwarzfahrende“ AsylbewerberInnen, Vergewaltigungen, oder vermeintlichen Betrug bei der Flucht nach Deutschland. Thematisiert wurde also selbst-empfundenes Unrecht, von welchem niemand eigentlich betroffen war.

Oft konnte ich bei den BürgerInnen für Mitgefühl werben, die Begebenheiten hinterfragen und einordnen, auf andere tatsächliche Probleme unserer Gesellschaft hinweisen. Dennoch ist es in hohem Maße problematisch, dass so viele einem Wahlkämpfer der SPD gegenüber den Drang haben, von sich aus dieses vermeintliche Unrecht anzusprechen. Fast alle davon würde ich nicht als rechtsextrem oder neonazistisch einschätzen. Vielmehr handelt es sich um BürgerInnen, die in Kleidungsstil und Wortwahl klassischerweise SPD-WählerInnen sein dürften. Niemand der Personen geht es selbst objektiv in irgendeiner Form schlechter, durch das was sie angesprochen haben, sie waren davon praktisch nicht betroffen. Aber mir wollten sie davon erzählen, dass sie ein Unrecht empfinden, was durch Politik mit-hervorgerufen wurde.

Die SPD steht wahrscheinlich zukünftig als stärkste Oppositionspartei der Regierung gegenüber. In hohem Maße wichtig wird dennoch auch die Positionierung gegenüber der Linkspartei und der AfD sein. Die AfD wird weiterhin wie bisher versuchen, den Raum des Sag-baren nach Rechts außen zu öffnen, die politische

Kultur nach rechts zu verschieben und alles denkbare aus den Bereichen Sicherheit, Integration, Geflüchtete zu skandalisieren, mit Halb- und Unwahrheiten arbeiten und sich nicht in parlamentarische Abläufe einpassen. Niemand von denen hat ein Interesse an tatsächlichen politischen Auseinandersetzungen – nicht an der besseren Argumentation oder dem besten Gesetzesvorschlag. Das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre aus den Landesparlamenten und Wahlkämpfen, genauso wie diejenigen beispielsweise aus Österreich mit der FPÖ oder aus Frankreich mit dem Front National. Für uns als Jusos ist klar, dass die SPD unter keinen Umständen mitmachen sollte, bei Versuchen die Linke und die AfD als extreme Ränder an zwei Seiten gleichzusetzen. Ein Vergleich hilft hier niemandem, da es sich nicht ansatzweise um vergleichbare Parteien handelt. Die Positionierung der SPD innerhalb der Opposition ist bereits entscheidend.

Für uns ist genauso klar, dass ein Hinterherlaufen, ein Aufgreifen der Problembeschreibungen der AfD nicht zielführend ist. Eine rationale Erklärung auf emotionale Scheinprobleme greift offenkundig nicht genug. Die oben angesprochenen WählerInnen haben weder die Verschärfungen im Asylrecht, noch die Schließung der Balkanroute oder die rassistischen Ausfälle von Seehofer oder Scheuer sonderlich beeindruckt. Sondern sie wandten sich an die SPD. Und das mit einem emotionalem Empfinden von Ungerechtigkeit gegenüber dem vermeintlichen Fehlverhalten von Menschen, die vor Bürgerkrieg oder aus anderen Notlagen geflohen sind. Hierfür müssen wir, muss die SPD Antworten liefern. Was ist unsere Strategie gegenüber der AfD und ihren WählerInnen vor dieser Gemengelage?

Gleichermaßen kam es im Bundestagswahlkampf immer wieder zur Auseinandersetzung mit der Frage, ob unsere KandidatInnen auf Podien in Schulen, von Vereinen und Verbänden gehen sollten, wenn dort auch KandidatInnen der AfD eingeladen sind. Es gab hierzu einen mit breiter Mehrheit gefassten Parteitagbeschluss der BayernSPD, der dies deutlich ausgeschlossen hatte. Die Jusos Bayern haben unseren KandidatInnen freundliche Erinnerungsbriefe geschrieben. Was bedeutet das Wahlergebnis der AfD, die anzunehmende weitere Normalisierungstendenz bei Medien und im öffentlichen Diskurs für unsere KandidatInnen für die Landtagswahlen und Kommunalwahlen?

Schwierige Zeiten

Was heißt das Wahlergebnis bzgl. einer Koalition mit CDU/CSU?

Die Koalition von CDU/CSU und SPD im Bund wurde deutlich abgewählt. Viele von uns waren bereits bei der Mitgliederbefragung 2013 gegen die GroKo. Dennoch hat die SPD durchaus einige wichtige Gesetze in der GroKo durchbringen können. Aus der GroKo dann in den Wahlkampf zu gehen, war (wie von den GegnerInnen vorhergesagt) vor allem strategisch sehr schwierig. Die Mehrheit der Bevölkerung nimmt der SPD ihre Progressivität immer weniger ab, wenn sie vorher in der Regierung war und nicht herausstellt, das Regierungshandeln Kompromiss bedeutet hat. Oft hatte man den Eindruck: Wir fordern schon nur noch, was in der GroKo durchsetzbar wäre. So ist nicht verwunderlich, wenn es beispielsweise im Wahlkampf nicht gelingt WählerInnen von der SPD zu überzeugen, wenn die Erfolge wie der Mindestlohn nicht in den Fokus der Öffentlichkeit gebracht werden. Beispielsweise mit der Forderung nach einer Erhöhung oder einer Wegnahme, der von der Union verschuldeten Ausnahmen beispielsweise für Langzeitarbeitslose.

Letztlich war die Große Koalition auch deswegen innerhalb der Partei 2017 gefühlt viel weniger durchsetzungsfähig, selbst bei diversen VertreterInnen der Parteirechten, weil sie inhaltlich nichts mehr anzubieten hatte. Sowohl 2005 als auch 2013 träumten einige davon, dass mit der großen Mehrheit wegweisende Entscheidungen beim Föderalismus oder in grundlegenden Fragen möglich wären. Letztlich waren aber, was die zentralen Problemlagen anging, die beiden letzten Großen Koalitionen immer vor allem Stillstand, den die Bevölkerung auch deutlich wahrgenommen hat. Dieser empfundene Stillstand nutzt niemals der SPD. Alle „Projekte“, die uns überzeugen sollten für die Große Koalition zu stimmen, wären in einer anderen denkbaren Regierung schneller, einfacher und besser umgesetzt worden.

Diejenigen inhaltlichen Forderungen der Sozialdemokratie, die ich als fortschrittlich empfinde, weisen im hohen Maße Schnittmengen mit der Linkspartei und den Grünen auf. Was für Schnittmengen hat man mit der Union denn? Wie leer die Formel der staatspolitischen Verantwortung tatsächlich ist, sah man bereits am Wahlabend: Während 2013 die Verantwortung für „das Land“ und eine „stabile Regierung“ herhalten durften um die GroKo zu begründen, ist es nun dieselbe staatspolitische Verantwortung, die herhalten darf um in die

Opposition zu gehen, weil ja die stärkste Oppositionspartei nicht die AfD sein darf. Beide Begründungen sind inhaltlich völlig leer. Politische Auseinandersetzungen, die im Wahlkampf immer stattfinden, auch wenn Merkel die Strategie der Demobilisierung fährt, und natürlich auch die Frage von Koalitionen sind nicht gezeichnet von Nützlichkeit für das Land. Sondern von Nützlichkeit für Interessengruppen. Wem hilft welche Politik? Und diese Frage ist nicht trennbar von der Frage nach Koalitionen.

Was für Konsequenzen ergeben sich aus dem Ende der Große Koalition auch für das Bündnis im Münchner Rathaus? Was für Konsequenzen ergeben sich auch für die anstehenden Landtagswahlen? Kann die SPD in großen Koalitionen überhaupt langfristig Politik für die Teile der Bevölkerung machen, die sie vertreten will?

Über den Autor:



Christian Köning
Beisitzer für RV-West

Mein Engagement begründet sich darin, dass die Jusos die einzige politische Kraft in der Gesellschaft sind, die sich glaubwürdig und mit diversen Erfolgen für eine progressive Regierung einsetzen um das Leben aller Menschen besser zu machen.

Was heißt das Wahlergebnis bzgl. der inhaltlichen Positionierung der SPD?

Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Das war der Slogan der CDU für die Bundestagswahl. Zeit für mehr Gerechtigkeit. setzte die SPD. In gewisser Weise dagegen: Die einen für ein Beibehalten des bisherigen, die anderen für ein mehr an Gerechtigkeit.

Es glaubten noch nie seit dem 2. Weltkrieg weniger Menschen daran, dass ihr Leben besser wird, als das ihrer Eltern. Die große Erzählung, leiste etwas, bilde dich weiter und vertraue darauf, dass es dir dann besser gehen wird – zuvorderst materiell, aber natürlich auch darüber hinaus, dass du in der Sozialdemokratie dafür kämpfen kannst, sie verfängt nicht mehr. Die Gründe hierfür sind meines Erachtens nach natürlich in der Politik der letzten Jahre zu suchen und können nicht auf vermeintliche Sachzwänge (wir kennen sie alle: demographischer Wandel, Globalisierung, notwendige Exportorientierung usw.) geschoben werden. Egal was in unserer Gesellschaft passiert, es ist von Politik gestaltbar. Also muss sich auch die SPD, die von 1998 bis 2017 nicht weniger als 15 Jahre lang selbst an der Regierung beteiligt war, die Frage stellen, wie das sein kann. Gerade der SPD, mit dem auch bei der Bundestagswahl richtigerweise angesprochenen Kerninhalt (einen Markenkern hat vielleicht Aldi oder VW, aber keine Partei oder politische Bewegung), der Gerechtigkeit und ihrer Einforderung, hat es geschadet, dass immer weniger Leute daran glauben, dass ihr Leben besser werden kann. Dies sorgt für ein Glaubwürdigkeitsproblem für die SPD.

Wer sich aber die Entwicklung der Vermögensverteilung anschaut, wer darüber nachdenkt, wie sehr der Druck auf Arbeitslose gewachsen ist und welche Bedrohung genau, dass auch für alle Beschäftigten darstellt, der wundert sich darüber auch nicht. Wer überlegt, wie viel die Ausweitung von prekärer Beschäftigung gerade für die Lebenssituation von jungen Menschen am Berufsanfang bedeutet, der versteht auch, warum diese keine Hoffnung auf ein besseres Leben und deren politische Umsetzbarkeit haben. Wie es anders geht, zeigen Corbyn oder Sanders.

Aber konkret: Welche junge Menschen, ohne selbst zu erben, werden es sich in München leisten können, das zu tun, was für ihre Altersvorsorge das vorgelebte Ideal ist, nämlich Immobilien zu erwerben? Ihre Eltern konnten es vielleicht noch. Aber heutzutage glauben daran Kinder nicht-reicher Eltern in Großstädten wie München

nicht mehr. Ist es überhaupt zielführend privates Eigentum in Immobilien als Ideal vorzugeben und politisch zu fördern in einer Stadt, die an ihre Grenzen stößt? Selbst die Mietpreise stellen für junge Menschen ein Riesenproblem dar. Die geförderte private Vorsorge für das Alter ist nicht ansatzweise machbar. Und das angesichts eines sinkenden Rentenniveaus. Überrascht es dann, dass diese Menschen nicht mehr glauben, es würde ihnen besser gehen können? Was bedeutet für diese jungen Beschäftigten, AzubInnen, auch Studierenden oder SchülerInnen dann Zeit für mehr Gerechtigkeit? Gerechtigkeit nur für einen selbst? Sorge ich privat vor? Schließe ich eine private Krankenzusatzversicherung ab, weil ich dann natürlich ChefärztInnenbehandlung und Einzelzimmer haben möchte? Genau das, wird die ganze Zeit jungen Menschen vorgelebt.

Zeit für mehr Gerechtigkeit kann für die gesamte politische Linke nach dieser Wahl nur bedeuten, die Politik des Neoliberalismus aufzuarbeiten. Die SPD hat hier eine sehr große Verantwortung: Mehr Gerechtigkeit, dieses Versprechen war ja durchaus in Teilen im Wahlprogramm enthalten. Aber wo war die Kampagne zur BürgerInnenversicherung, die plastisch das Gerechtigkeitsdefizit anspricht und glaubhaft erklärt wie und mit wem man das ändert? An plastischer Ansprache war Martin Schulz meines Erachtens der beste Kandidat, seit 2005, seitdem ich in der SPD bin. Aber glaubwürdig für die Umsetzung, das scheint es nur ein kurzen Moment gewesen zu sein.

Die Konfrontationslinie die in der Politik verhandelt wird, teilweise bis in das private Umfeld jedes und jeder Einzelnen hinein, wird zwischen Hass auf andere (beispielsweise Geflüchtete, Arbeitslose, finanziell Schwache, bei Peter Tauber auch schon geringfügig Beschäftigte) und Hoffnung auf ein besseres Leben sein. Aber nur dann, wenn es gelingt das Dogma des Neoliberalismus, jeder müsse für sich selbst sorgen zu überwinden, werden wir gewinnen. Dieses Dogma bedeutet im Umkehrschluss, dass alle finanziell Schwachen, Arbeitslosen, alle anderen, selbst an ihrer Situation Schuld haben, eben weil sie sich nicht genug anstrengen würden. Genau dieses Denken, das heute noch handlungsleitend ist, gilt es zu ersetzen: Durch eine neue sozialdemokratische Erzählung. Wie soll diese aussehen? Benötigt es hierfür perspektivisch ein neues Grundsatzprogramm?

Schwierige Zeiten

Die Unendlichkeitshaft - Ein Schritt in Richtung Schurkenstaat

von Carmen Wegge

Und niemand hat es so wirklich mitgekriegt und niemand hat sich so wirklich aufgeregt. Wie kann man das auch erwarten in einem Land, in dem eine freiheitsberaubende Maßnahme die andere jagt. Staatstrojaner, Vorratsdatenspeicherung und mei, da ist die Einführung der Unendlichkeitshaft in Bayern dann auch nicht mehr so schlimm. Wir sind abgestumpft. Doch das sollten wir nicht, denn genau mit diesem Gesetz wird hier in Bayern auf dem Altar der Angst unsere Rechtsstaatlichkeit und die Werte geopfert, für die wir in einer Demokratie eintreten sollten.

Die Juristerei ist für viele ziemlich langweilig, aber um zu verstehen was hier passiert ist, kommt man um ein bisschen Jura nicht herum. Wir beginnen beim Urknall.

Im Grundgesetz ist die konkurrierende Gesetzgebung verankert (bitte nicht hier schon einschlafen, es wird gleich interessanter). Sie besagt, in welchen Bereichen der Bund und in welchen Bereichen das Land die Gesetzgebungskompetenz hat. Also die Macht, Dinge zu bestimmen. Leidiiges Beispiel: das Schulwesen. In unserem Fall ist wichtig, dass die Länder auch die Gesetzgebungskompetenz für die Polizei haben. Jedes Bundesland hat ein eigenes Gesetz erlassen, in dem die Aufgaben der Polizei festgelegt sind – in Bayern das PAG (Polizeiaufgabengesetz).

In diesem Gesetz steht zum Beispiel drin, wann man die Personalien feststellen darf (Identitätsfeststellung), wann man dich durchsuchen, dir einen Platzverweis erteilen oder dich festnehmen kann. Eben das, was die Polizei so macht. Nach der Ende Juli im bayerischen Landtag beschlossenen Gesetzesänderung des PAG ist eigentlich nichts mehr wie zuvor.

Vielleicht sind einige von euch schon mal von der Polizei kontrolliert worden und ihr habt euch gefragt, ob die das eigentlich darf. Ja, das darf sie, wenn Gefahr von euch ausgeht. Möglicherweise schmunzelt ihr jetzt. Entweder weil ihr sehr gefährlich oder weil ihr einfach super harmlos seid. Hey, wir sind immerhin Jusos.

Im PAG gibt es zwei Gefahrenbegriffe. Die abstrakte und die konkrete Gefahr. Eine Gefahr im allgemeinen liegt vor, wenn sich irgendein Ereignis ohne Eingriff von außen in ein Schaden für ein Rechtsgut umwandeln kann. Die Gefahr ist dann abstrakt, wenn eine Gefahrenlage zwar besteht, aber ein sofortiges Handeln nicht nötig ist.

Beispiel: 10 Jusos treffen sich. Ihr seht, dass sie Bier trinken. Ihr wisst, dass könnte in wildes Internationale- singen ausarten (eine Gefahr für Leib und Leben), aber noch sind sie nur angetrunken.

Die konkrete Gefahr besteht hingegen dann, wenn im Einzelfall ausgehend von deiner Lebenserfahrung ein sofortiger Handlungsbedarf besteht, also der Eintritt eines Schadens hinreichend wahrscheinlich ist.

Beispiel: Neiiiiiiiiin! Der eine taumelt, die andere hebt ihre Faust. Gleich fangen sie an zu singen!

Die Polizei hat die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Liegt hierfür lediglich eine abstrakte Gefahr vor, dann hat sie keine Eingriffsbefugnisse. Liegt hingegen die konkrete Gefahr vor, dann steht ihr die ganze Palette an polizeilichen Maßnahmen zur Verfügung. Wenn ihr euch jetzt wundert und daran denkt, dass ihr das letzte Mal an der Isar kontrolliert wurdet und dabei sehr harmlos ausgesehen habt: Die Stadt kann sogenannte Gefahrenzonen ausrufen, in denen die Polizei von einer permanenten konkreten Gefahr ausgehen darf. Das ist dann eben da wo böse Jugendliche Drogen und Alkoholiker Alkohol konsumieren. Soweit so klar.

Kommen wir nun zu einem anderen Urknall. Das Grundgesetz. Das Grundgesetz ist ziemlich alt, dafür aber auch immer noch ziemlich nice.

Wichtigste Grundrechte in unserem Fall sind Art.2 GG und Art. 2 II GG in Verbindung mit Art.104 GG und Art. 3 und Art.20 GG (auch hier bitte noch nicht aufhören, ich erkläre dann ja jetzt sofort was da drinsteht - kurz!)

Aus ihnen ergeben sich Grundsätze wie die Unschuldsvermutung, das Recht auf einen gesetzlichen Richter, der Bestimmtheitsgrundsatz, das Willkürverbot. Ich weiß, wenn man diese ganzen Begriffe um die Ohren gehauen bekommt schaut man erst mal wie ein VW Auto ohne Software, aber eigentlich ist es gar nicht so schwer. Lasst mich euch updaten.

Eine Errungenschaft unseres Rechtsstaates ist es, dass Menschen nur in Haft genommen werden können, wenn sie eine Straftat versucht oder begangen haben. Ob sie eine Straftat versucht oder begangen haben kann nur ein Gericht aufgrund einer Beweiserhebung feststellen. Das ist die Unschuldsvermutung. Denn erst mit einem rechtskräftigen Urteil hat diese Person die Straftat auch offiziell begangen.

Jede Person hat das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren. Dazu gehört, dass er „gehört“ wird. Er muss seine Argumente und seine Sichtweise vorbringen dürfen und das Gericht muss diese in seiner Urteilsfindung berücksichtigen. Das ist das Recht auf den gesetzlichen Richter. Zusätzlich schreibt Art. 104 GG vor, wie mit festgenommenen Personen zu verfahren ist. Freundlich. Möchte ich an dieser Stelle mal kurz erwähnen. Niemand darf ohne Grund festgehalten werden. Der Bestimmtheitsgrundsatz soll sicherstellen, dass ein Gesetz hinreichend verständlich ist – zumindest für Jurist*innen. Dies ist notwendig um die Rechtssicherheit in diesem Staat zu gewährleisten. Ich muss wissen, wann ich eine Straftat begehe und wann nicht (mal einfach gesagt).

Ich hoffe ich habe euch bis hier nicht verloren, denn nun kommen wir zum Pudels Kern. Die beschlossenen Änderungen im PAG. Sammelt noch ein letztes Mal eure geistigen Kräfte.



Schwierige Zeiten

Die bayerische Regierung hat einen neuen Gefahrenbegriff in das PAG eingeführt. Die drohende Gefahr. Hört sich unheilsschwanger an? Ist es auch.

Eine drohende Gefahr liegt vor, wenn im Einzelfall

1. das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet

oder

2. Vorbereitungshandlungen für sich oder zusammen mit weiteren bestimmten Tatsachen den Schluss auf ein seiner Art nach konkretisiertes Geschehen zulassen,

wonach in absehbarer Zeit Angriffe von erheblicher Intensität oder Auswirkung zu erwarten sind (drohende Gefahr). Bedeutende Rechtsgüter sind:

- 1. der Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,*
- 2. Leben, Gesundheit oder Freiheit,*
- 3. die sexuelle Selbstbestimmung,*
- 4. erhebliche Eigentumspositionen oder*
- 5. Sachen, deren Erhalt im besonderen öffentlichen Interesse liegt.*

Ein*e aufmerksame*r Leser*in sollte jetzt eines merken: Ab jetzt herrscht immer Gefahr!

Beispiel: Die Jusos gehen demonstrieren – eine Gefahr für das Land.

Beispiel: Die Jusos machen ein Awareness-Team – eine Gefahr für die sexuelle...nein

Beispiel: Die Jusos gehen ins Stadion – eine Gefahr für erhebl Eigentumspositionen

Beispiel: Die Jusos ziehen in den Landtag – eine Gefahr für den Landtag

Die drohende Gefahr eröffnet wie die konkrete Gefahr fast die gesamte Palette an polizeilichen Maßnahmen. Und genau hier stoßen wir auf das erste Problem. Bei einer konkreten Gefahr muss die Rechtsgutsverletzung tatsächlich kurz bevor stehen. Bei der drohenden Gefahr muss eigentlich noch nichts groß passiert sein. Trotzdem darf man in beiden Fällen fast das Gleiche.

Das Gesetz ermächtigt die Polizei und den Staat also dazu, Menschen, von denen eine konkrete Gefahr ausgeht, mindestens drei Monate in Haft zu nehmen. Durch die Inhaftierung ist die (zumindest konkrete) Gefahr aber meist innerhalb weniger Tage gebannt. Diese Menschen nun für so einen langen Zeitraum wegsperren zu können verstößt gegen die oben genannten Grundsätze.

Angst ist zutiefst menschlich. Aber geistige Errungenschaften, wie die objektiven Handlungsmaximen die in unserem Grundgesetz festgehalten sind, stehen eben über dem Individuum und da gehören sie auch hin.

Durch ein Gesetz eine Gefahr so weit vor zu verlagern, dass wir in permanenter Gefahr leben, um sich jedwede Möglichkeit offen zu halten, Personen polizeilichen Repressalien auszusetzen, um der Allgemeinheit ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, der zäumt das Pferd von hinten auf und vergisst, dass wir in einem Rechtsstaat leben, in dem Menschen frei sind.

Aufgrund einer freiheitlich demokratischen Grundordnung die ihnen zusichert, dass jede*r hier leben kann, solange man sich im Rahmen der Rechtsordnung bewegt. Die Eingriffe denen diese Menschen ausgesetzt sind, können nicht mehr als verhältnismäßig angesehen werden.

Die Jusos München haben dies erkannt und am Tag, an dem dieses Gesetz verabschiedet wurde, innerhalb von einer Stunde einen kleinen Initiativantrag geschrieben, der bei der Unterbezirkskonferenz einstimmig angenommen wurde.

Die SPD Landtagsfraktion hat sich bei der Abstimmung im Parlament übrigens enthalten. Wie schon geschrieben, Angst ist zutiefst menschlich. Aber die SPD hat sich schon immer für den Rechtsstaat gekämpft. Manchmal muss man eben mutig sein. Und jetzt ist genau die Zeit dafür.

Das kann dazu führen, dass Fußballfans Kontaktverbote zu ihren Freunden bekommen. Denn wenn man einen Bengalo im Internetshop anschaut, dann will man erhebliche Eigentumspositionen (Stadion) gefährden und um eine Besprechung von Ausschreitungen zu unterbinden, kann man in Zukunft Menschen Kontaktverbote auferlegen.

Abgesehen davon, dass die aufgeführten Rechtsgüter vollkommen absurd sind (liegt nicht in jeder Gefahr für den Körper eine Gefahr für die sexuelle Selbstbestimmung?), birgt die drohende Gefahr eine massive Unsicherheit für die Richter*innen, die am Ende des Tages entscheiden müssen, ob eine solche vorliegt.

Denn ja, eigentlich ist sie immer gegeben. Die Rückfallquote von Sexualstraftätern ist nachgewiesenermaßen sehr hoch, der radikalisierte Muslim plant möglicherweise einen Anschlag, der unsere Leben gefährdet und damit wird er auch nicht aufhören. Außer wir schaffen es, ihn zu de-radikalisieren. Die Angst hier etwas falsch zu machen, für irgendetwas die Schuld zugewiesen zu bekommen, ist sehr hoch. Das merkte auch der bayerische Richterverband im Gesetzgebungsverfahren an. Es entsteht Rechtsunsicherheit. Die drohende Gefahr ist nicht bestimmt genug. Es kann dazu führen, dass Menschen polizeilichen Maßnahmen ausgesetzt werden, obwohl sie weder eine Straftat begehen wollten, noch eine planen.

Bei einer drohenden Gefahr darf man, entgegen dem ersten Entwurf, niemanden in Haft nehmen. Die CSU hatte im letzten Moment wohl doch Angst, dass dies zu sehr an die Gesinnungshaft erinnert und damit an die Nazizeit.

Vor der Änderung des PAG durfte man Inhaftierte nicht länger als 14 Tage in Haft lassen. Mit der neuen Gesetzesänderung darf man das jetzt bis zu drei Monate und dann kann ein*e Richter*in das Ganze noch mal um drei Monate verlängern. Ob eine Verlängerung darüber hinaus möglich ist, da ist sich auch der bayerische Richterverband nicht einig. Manche gehen davon aus, dass man Menschen bis zu einem Jahr in Haft belassen kann.

Über die Autorin:



Carmen Wegge Beisitzerin für Online-Kommunikation

Wenn nicht ich, wer dann? Immer weniger junge Menschen sind politikmüde und engagieren sich nicht mehr. Hierzu möchte ich einen Gegenpol setzen. Zudem glaube ich daran, dass jeder Einzelne etwas erreichen kann. Und meiner Meinung nach gibt es noch viel, was zu erreichen ist in München, in Deutschland und in Europa.

Der Stress einer Facebook Moderatorin

von Lena Odell

Ich halte mich für eine ziemlich taffe und widerstandskräftige junge Frau. Und doch war ich in den vergangenen zwei Jahren des Öfteren am Ende meiner Nerven. Warum? Ich bin Hauptadministratorin der Facebook-Gruppe „Hilfe für Flüchtlinge in München“ mit über 16.000 Mitgliedern. Einen Sack Flöhe hüten ist nichts gegen den Versuch, die Kontrolle über all die Posts, Anfragen und Kommentare zu behalten. Die Gruppe besteht schon länger doch während im Herbst 2015 so viele Geflüchtete nach München kamen, entwickelte sie sich quasi über Nacht von einem „Nischenforum“ mit ein paar Hundert Mitgliedern zu einer der größten Hilfsgruppen für Geflüchtete im deutschsprachigen Raum.

Dies brachte einerseits natürlich eine enorme administrative Arbeit mit sich – echte Mitgliedsanfragen müssen von Spam-Profilen unterschieden, duplizierte und inhaltsfremde Posts gelöscht und Hunderte von Privatnachrichten von anderen Mitgliedern beantwortet werden. Dieser Teil des Stresses wäre jedoch die meiste Zeit zu handhaben gewesen, zumal wir ihn uns zu Hoch-Zeiten unter fünf aktiven AdministratorInnen aufteilten.

Was viel mehr an den Nerven zählt, ist jedoch der psychische Stress, generiert durch andere Mitglieder. Da gibt es die vergleichsweise harmlosen, die einen einfach nur ständig mit Privatnachrichten löchern und genervt sind, wenn man als ehrenamtliches (und „nebenbei“ berufstätiges) Admin-Team nicht innerhalb von spätestens fünf Minuten reagiert. Das Internet ist ein schnelles Medium und daher erwarten wir, dass dort alles in Echtzeit bearbeitet wird. Doch insbesondere im Herbst 2015 passierte so viel und war so viel zu tun, dass es natürlich schon manchmal etwas dauerte, bis alle Anfragen abgearbeitet waren.

Dann gibt es die Menschen, die so sehr an die Idee der (Meinungs-)freiheit glauben, dass sie nicht akzeptieren können, dass auch eine offene Gruppe auf Facebook gewisse Regeln braucht und auch nicht alles dort hingehört. Mehr als einmal wurden wir persönlich beschimpft, weil wir auf Einhaltung der Gruppenregeln pochten. Einer der Tiefpunkte war dabei, als man uns wortwörtlich mit Assad verglich – die Menschen würden vor seiner Willkürherrschaft fliehen und dann sei diese Facebook-Gruppe hier von ebensolchen „Diktatoren“ beherrscht. An guten Tagen lacht man über so etwas. An schlechten Tagen habe ich schon mehr als einmal den Mauszeiger für gefühlte Ewigkeiten über dem Button „Gruppe verlassen“ kreisen lassen...

Zuletzt gibt es da noch die Gruppe derer, die einen auf Facebook attackieren, weil man als Admin für alle sichtbar Geflüchteten hilft. Das geht von allgemeinen Hetztiraden in der Gruppe (üblicherweise in die Richtung „Und wer kümmert sich um all die deutschen Obdachlosen?“) bis hin zu Privatnachrichten. Mir wurde einmal zum Beispiel aufgrund meines Engagements die Schuld an einer Vergewaltigung gegeben, die angeblich in der Nähe einer Geflüchtetenunterkunft stattgefunden habe – verbunden mit der Aussage, ich habe dasselbe verdient.

Es sind Momente wie dieser, wo einem schon mulmig wird, dass man da mit dem eigenen Namen so exponiert ist, zumal weder Facebook noch die Polizei sich hierfür interessierten. Glücklicherweise ist dies nicht allzu häufig passiert und hat sich – zumindest bei uns in der Gruppe – bisher auf solche virtuellen Angriffe beschränkt.

Insgesamt ist das, was ich hier beschreibe, nur der kleine negative Teil, den die Gruppe manchmal für uns Admins und einige der engagiertesten Mitglieder bedeutet. Auf der anderen Seite steht der viel, viel größere und positive Teil, durch den schon Tausende

von Sachspenden und Hilfsangebote vermittelt wurden, stetig nützliche Informationen weitergegeben werden und Kontakte entstehen. Kaum ein Gesuch bleibt unbeantwortet (wenn es nicht gerade um Wohnungen geht). Es ist also jedes graue Haar absolut wert, das uns AdministratorInnen in den vergangenen zwei Jahren gewachsen ist.

Solltet ihr jedoch Mitglied in großen Gruppen oder Fans großer Seiten in sozialen Medien sein, so ist mein Appell an euch: bedenkt, dass die gesichtslosen

Menschen am anderen Ende der Internet-Leitung auch nur ihr Bestes für das Gelingen der Gruppe/Seite tun. Habt Nachsicht, wenn sie mal ein paar Stunden brauchen, bis sie reagieren, oder Grundsatzentscheidungen treffen, die nicht ganz nach eurem Geschmack sind. Man kann sicherlich über alles reden, aber vertraut denjenigen, die ihr Herzblut in die Administration stecken – sie werden sich bei ihren Entscheidungen schon etwas gedacht haben!

Über die Autorin:



Lena Odell
Stellvertretende Vorsitzende

Ich bin dankbar, in einer so freien und solidarischen Gesellschaft wie der unseren zu leben. Deshalb engagiere ich mich bei den Jusos und der SPD, die dafür kämpfen, dass wir auch in Zukunft die Schwächeren unterstützen und gleiche Chancen für alle einfordern. Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, für die Grundprinzipien der Demokratie einzustehen

Verbot von linksunten.indymedia

Eine Pressemeldung der Jusos Bayern

Am Freitag versuchte die Union, namentlich Bundesinnenminister Thomas de Maizière, mit einem Verbot gegen die journalistische Plattform “linksunten.indymedia” die Möglichkeit des Vereinsverbots als wahltaktisches Kalkül zu nutzen. Die Jusos Bayern kritisieren das Verbot als verfehlt und einseitig.

Seit Wochen, spätestens seit den Protesten rund um den G20-Gipfel in Hamburg, versuchen sich Union und auch andere politische Akteur*innen mit der längst von vielen Seiten widerlegten und zurückgewiesenen “Extremismus”-Theorie aufs Neue zu profilieren. Hierbei schreckt sie auch nicht vor massiven Eingriffen in die publizistischen Freiheiten zurück. . All jenes Vorgehen, das mit dem vermeintlichen Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung gerechtfertigt wird, gipfelt nun in der Einschränkung derselben durch das Abschalten der anonymen Publikationsplattform „linksunten.indymedia“.

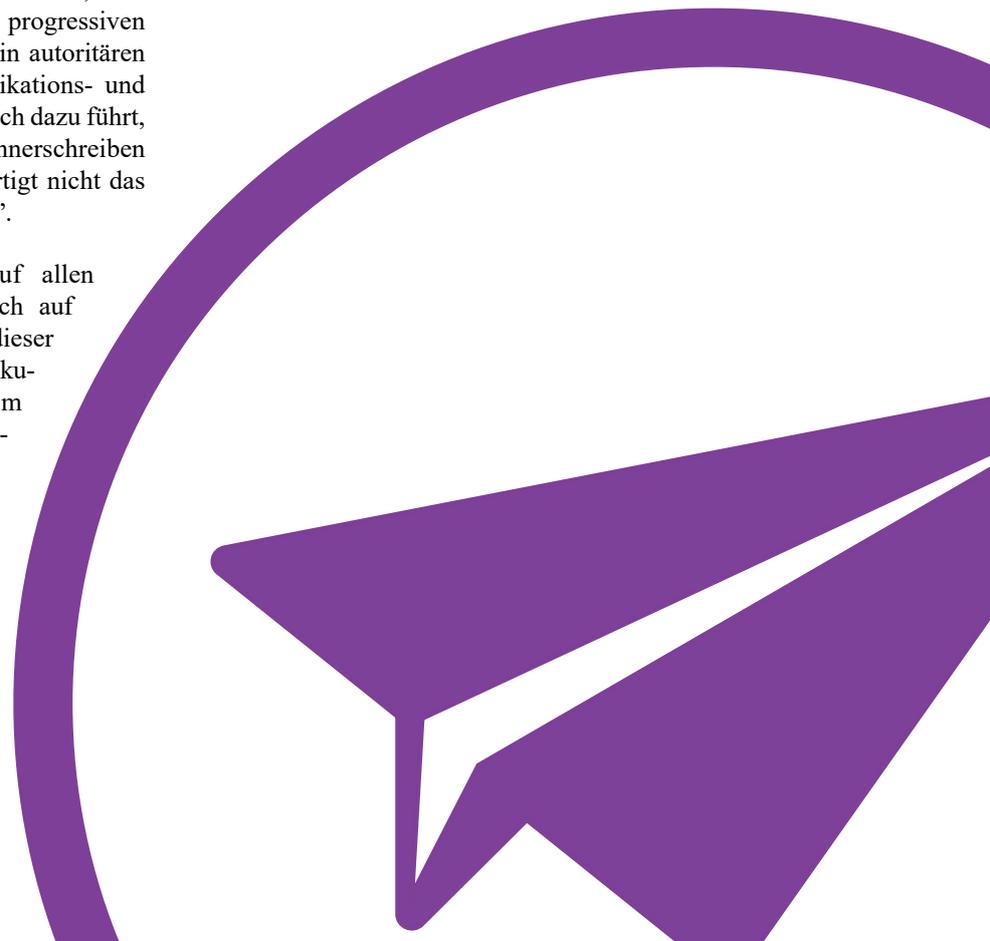
Die wenigsten Artikel auf “linksunten.indymedia” verstoßen gegen geltendes Recht. Die Tatsache, dass die Anonymität, die es andersherum progressiven Kräften auf der ganzen Welt und auch in autoritären Diktaturen erlaubt Indymedia als Publikations- und Kommunikationsplattform zu nutzen, auch dazu führt, dass bei “linksunten.indymedia” Bekenner schreiben oder Gewaltaufrufe erscheinen, rechtfertigt nicht das Verbot der Seite “linksunten.indymedia”.

Vergleichbare Inhalte finden sich auf allen Kommunikationsforen im Web, so auch auf Facebook und Co. Ein Verbot all dieser Plattformen würde niemand ernsthaft diskutieren. Dass nun genau das im Zusammenhang mit “linksunten.indymedia” getan wird, zeigt ganz konkret auf, dass es sich um einen Akt des parteipolitischen Kalküls handelt, der sich der lange widerlegten Extremismustheorie bedient und dadurch lediglich darauf abzielt, mit populistischen Mitteln vor der Wahl Stimmung gegen linke Gruppen zu generieren.

Anders ist auch nicht zu erklären, warum zahlreiche rechtsradikale Hetzer*innen in Zeiten, in denen nahezu täglich Übergriffe auf Flüchtlinge oder deren Häuser geschehen, von solchen Maßnahmen unbehelligt bleiben.

Stefanie Krammer, Landesvorsitzende der Jusos Bayern, erklärt zum Verbot: “Während rechte und islamfeindliche Plattformen wie PI-News ihre menschenverachtende Hetze ungehindert weiterverbreiten können, nutzt die Union das Verbot von linksunten.indymedia für ihren Wahlkampf.”

Wir fordern deswegen unverzüglich, besonders die sozialdemokratische Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, auf, mit den ihnen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln darauf hinzuwirken, dieses Verbot rückgängig zu machen und sich nicht länger der rein populistischen und in keiner Weise fundierten Extremismus-Debatte anzuschließen.



Die Digitalisierung in der Schule liegt in den falschen Händen

von Benedict Lang

Wieso die Digitalisierung in den Schulen so schleppend vorangeht und welche Rollen Schüler bei der Entwicklung spielen – und spielen sollten.

Es ist ernüchternd: Gibt man in die Bildersuche einer bekannten Suchmaschine den Begriff „Schule“ ein, so landet man auf einer Ergebniseite voll mit Büchern, Tafeln und alten Schulbänken. Eine Schülerin oder ein Schüler mit Tablet oder eine Lehrkraft, die mithilfe eines Beamers den Unterrichtsstoff visualisiert: Fehlanzeige. Warum fällt es unseren Bildungseinrichtungen so schwer, sich auf die Digitalisierung einzulassen und die technologischen Entwicklungen miteinzubeziehen?

Die Schwierigkeiten, mit denen die Institution Schule zu kämpfen hat sind sehr vielseitig, beim Thema der Medienpädagogik wird eines jedoch besonders offensichtlich: Die Schule lebt in vielen Belangen an der Lebensrealität der Schüler vorbei. Smartphone und Laptop sind aus dem Alltag der Jugendlichen nicht mehr wegzudenken, Instagram, Snapchat, Google und WhatsApp sind ständige Begleiter. Und trotzdem gibt es – zumindest in Bayern – ein erstmal prinzipielles Handyverbot, das es untersagt, „digitale Speichermedien“ zu nutzen, solange die zuständige Lehrkraft nicht explizit das Gegenteil erlaubt. Im selben Gesetzestext ist geregelt, welche Aufgaben die Schule hat: Unter anderem soll sie Schülerinnen und Schüler „zu selbständigem Urteil und eigenverantwortlichem Handeln [...] befähigen. Insbesondere beim Handyverbot fällt aber auf, dass das Befähigen zum Unterbinden wird. „Zurecht“, heißt es oft, „die wissen doch eh nicht, wie man die Handys mal zu was Sinnvollem nutzen kann und hängen sonst nur den ganzen Tag davor!“

Statt immer nur über die Jugendlichen zu reden und nicht mit ihnen, hat es „hack your school“ anders ver-

sucht: Die ehrenamtliche Initiative aus München hat einen Hackathon für Schülerinnen und Schüler organisiert. Ein Wochenende lang haben 40 Teilnehmende aus München und Umgebung ihre Ideen eingebracht und diskutiert, wie die Digitalisierung zum Lernerfolg beitragen kann – und wie nicht. Die Ergebnisse waren dabei sehr kritisch und differenziert, eines wurde klar: Schülerinnen und Schüler selbst bringen einen großen Erfahrungsschatz und einiges an Expertise mit, wenn es darum geht, welches Potenzial von digitalen Medien ausgeht.

Schüler müssen stärker für die Gestaltung des Unterrichts verantwortlich sein

Wie sich diese Expertise nun nutzen lässt, fragt man sich da, und eines ist klar: Wenn immer nur die Lehrkräfte die sind, die das mit der Digitalisierung im Unterricht umsetzen müssen, reicht das bei weitem nicht aus. Es gibt sehr viele Positivbeispiele und hochmotivierte Lehrkräfte, die einen super Job machen – doch für mindestens genauso viele ist PowerPoint immer noch ein Fremdwort. Natürlich sind Fortbildungen wichtig, doch bis hier alle Lehrkräfte freiwillig eine oder zwei oder sogar drei besucht haben, vergehen noch Jahre. Dementsprechend ist die Lösung genauso einfach wie offensichtlich: Selbst wenn eine Lehrkraft nicht mit Technik umgehen kann, kann sie Diskussionen leiten und Schüler zu Projekten animieren. Mehr Eigenverantwortung für die Schüler, durch die Pädagogen mit kritischer Reflexion begleitet, führt zwangsläufig dazu, dass digitale Medien eine Rolle spielen.

Dass junge Menschen mit dieser Verantwortung umgehen können, hat der Hackathon in München gezeigt. In ihrer Freizeit entwickelten die Schülerinnen und Schüler eine App für das digitale Hausaufgabenheft oder ein Workshopkonzept, um die Chancen und Risiken von Sozialen Medien zu diskutieren. Sie konzeptionierten Apps, die den individuellen Lernfortschritt von Schülern darstellen – weil Lernen Spaß machen kann, vor allem und auch mit diesen ach so problematischen „digitalen Speichermedien“. Alle Ergebnisse des Hackathons finden sich auf der Webseite des Projekts: www.hack-your-school.org



Wahlkampfserlebnisse



Wenn auch wohl eines der zeitaufwändigsten Wahlkampfmittel, so ist Haustürwahlkampf - oder in modernem SPD-Kampa-Sprech: „Tür-zu-Tür-Wahlkampf“ - auch eines der erfolgversprechendsten. Daher entschieden wir uns, nach einer Wahlkampfschulung mit einigen TeilnehmerInnen auch von Seiten der SPD im BürgerInnenbüro, einige Termine durchzuführen. Die besten Zeiten hierfür sind unter der Woche ab ca. 17 Uhr und längstens bis 19.30 Uhr. Allein oder zu zweit klingelten wir an möglichst vielen Türen und sprachen in der Regel nicht mehr als eine Minute mit den Leuten. Es ging vor allem darum, auf unseren Kandidaten Bernhard Goodwin sowie die anstehenden Wahlen aufmerksam zu machen. Wenn auch durchaus anstrengend, Spaß hat es auch gemacht und negative Reaktionen waren äußerst selten!

-- Christian Köning





Samstag, 08:30 Uhr, der Wecker klingelt viel zu früh. Aber hey, Samstag ist Infostandtag. Also ins Bad geschlurft und Kaffee gekocht. Nach dem Frühstück geht's los. Um das Infomaterial kümmert sich zum Glück ein Genosse aus dem Ortsverein. 10:00 Uhr, SPD-Infostand vorm Penny. Zwei Genossen bauen schon den Infotisch auf und klemmen Kugelschreiber an Flyer. Über Kugelschreiber und andere kleine Geschenke freuen sich die meisten Leute und nehmen dann auch gerne einen Flyer. Beim Infostand deluxe gibt's Rosen oder Luftballons für die Wählerinnen und Wähler von morgen. Am Infostand angekommen gibt's erstmal ein Tütchen Schulz-Gummibärchen zur Stärkung. „Guten Morgen, dürfen wir Ihnen ein paar Infos zur Bundestagswahl mitgeben?“ Für viel mehr als einen kurzen Satz bleibt meist keine Zeit. Viele PassantInnen nehmen die Flyer gerne im Gehen mit, gucken ihn sich dann im Bus

oder zuhause an. Manche haben auch konkrete Fragen oder erzählen von den Themen die ihnen persönlich wichtig sind. Die Enttäuschung über die Hartz-IV Reformen sitzt bei einigen noch immer tief. Bei anderen ist das Vertrauen in die Politik generell geschrumpft, zu groß die Sorgen vor einem Arbeitsplatzverlust oder der nächsten Mieterhöhung. Diese Menschen gilt es zu überzeugen, dass jede Stimme für eine demokratische Partei, am besten natürlich die SPD, wichtig ist. Martin Schulz begeistert viele Menschen, denn er ist authentisch und nimmt die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst. Genau das müssen wir auch am Infostand vermitteln, denn wir nehmen die Probleme der Bevölkerung ernst und setzen uns für eine gerechtere Gesellschaft ein. Wie schön, dass das auch viele Menschen wissen, denn gar nicht so selten antwortet jemand am Infostand: „SPD? Die wähle ich doch eh!“ -- Lena Sterzer





Für mich war es das erste Mal. Ich war unerfahren, nervös und wollte nichts falsch machen. Jeder geht die Sache anders an einige sind wild und stürmisch andere schüchtern und zurückhaltend. Das Gute aber ist, dass man beim Wahlkampf jeden Typ Mensch gebrauchen kann. Diejenigen, die nicht aktiv diskutieren wollen, demonstrieren mit ihrer Anwesenheit die Vielzahl an SPD Anhänger (auch Lückenfüller genannt). Und alle redelustigen Jusos schaffen es natürlich innerhalb von 2 min, aufgrund unseres aussagenstarken Regierungsprogramms, die Leute von uns zu überzeugen.

Aber Spaß beiseite.

Man trifft auf viele Bürgerinnen und Bürger, die:

- ... unentschlossen sind,
- ... bereit sind uns zuzuhören,
- ... unsere Arbeit unterstützen
- ... FDP-Wähler sind
- ... ganz viel Spaß haben uns zu beleidigen

Wahlkampfserfahrungen sind somit schwer in wenigen Worten zu beschreiben am besten du machst Dir einfach selber ein Bild davon und kommst zur nächsten Veranstaltung mit (denn der nächste Wahlkampf kommt bestimmt).

-- Lorena Puga





Sommer, Sonne (Regen), Sozialismus - Verbandscamp 2017

von Lena Wagner

Wochenlang haben wir geplant, geworben, Workshops ausgearbeitet und Diskussionen vorbereitet, damit es am 11.08. endlich losgehen konnte: Unser Verbandscamp in Thalhausen bei Freising.

Zu Beginn war das Glück allerdings nicht ganz auf unserer Seite: Statt „Sommer, Sonne, Sozialismus“ hieß es zunächst „Sommer, Regen, Sozialismus“ – und das ganze erstmal auch noch ohne Zelte, die steckten nämlich mit dem defekten Juso Bus in München fest. Aber wir wären keine Jusos, wenn wir nicht zumindest das letzte Problem gemeinsam gelöst hätten.

Und als die Zelte dann erstmal standen, war auch der Regen kein wirkliches Problem mehr. Abends diskutierten wir mit Stefanie Krammer, Landesvorsitzende der Jusos Bayern, und unserem Bezirksvorsitzenden Josef Parzinger unter anderem den Stand des Juso-Projektes #resetBayernSPD und den aktuellen Wahlkampf. In genau diesem wurden wir dann am nächsten Morgen auch aktiv. Gemeinsam mit unserem Jusos-Bundestagskandidaten Andreas Mehlretter schlugen wir in der Freisinger Innenstadt unsere Zelte auf und machten damit auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum aufmerksam.

Nachmittags und an den kommenden Tagen wechselten spannende Workshops zu Themen wie zum Beispiel Armut, Diversity und betriebliche Mitbestimmung und Freizeitphasen ab, die wir zum Kartenspielen, Weltrevolutionsphantasien spinnen, Football werfen und Quatschen nutzten.

Ab Sonntagnachmittag tat dann auch das Wetter, was man von ihm erwartete, und wir konnten unsere Silofolien-Wasserrutsche einweihen. Ein Highlight war auf jeden Fall der Arbeiter*innenliederabend am Lagerfeuer, bei dem nicht nur Lieder gesungen, sondern auch Ausschnitte aus der Geschichte der Sozialdemokratie erzählt wurden. Auch bei den JusOlympics hatten wir bei Spielen wie „Wie schmeckt Rot-Rot-Grün?“, „Demokratie erhalten“ und „Sozialistischer Pantomime“ eine Menge Spaß.

Besonders gefreut haben wir uns, dass wir zum Abschluss des Camps drei Genoss*innen aus dem Juso-Bundesvorstand begrüßen durften. Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende, Stefan Brauneis und Kevin Kühnert, beide stellvertretende Bundesvorsitzende, standen uns bei Weißwurst und Weißbier Rede und Antwort. Dabei machten sie klar, dass eine weitere große Koalition für sie nicht in Frage kommt, und Johanna stimmte uns zum Abschluss auf den weiteren Wahlkampf ein: „Viele Wähler*innen sind immer noch unentschlossen, die gilt es zu überzeugen.“ Hochmotiviert ging es danach nach Hause.

Wochenlang haben wir geplant, geworben, Workshops ausgearbeitet und Diskussionen vorbereitet, damit es am 11.08. endlich losgehen konnte: Unser Verbandscamp in Thalhausen bei Freising.

Die Jusos Oberbayern bedanken sich bei allen Teilnehmer*innen, bei allen, die Workshops organisiert haben und bei allen, die an der Organisation beteiligt waren. Es hat riesig Spaß gemacht und wir freuen uns schon auf das nächste Mal!



Bericht vom Bundesparteitag

von Julia Rothmeyer

Willy Brandt soll Dortmund einmal als „heimliche Hauptstadt der SPD“ bezeichnet haben. Man spricht in den Medien von Symbolwert, wenn Genoss*innen hier einen Parteitag abhalten.

Na gut, mit diesen Infos und einem Antragsbuch mit einem Gewicht von 5 kg, habe ich mich auf dem Weg nach Dortmund gemacht. So ein Bundesparteitag ist schon immer ein Erlebnis. Klar kann man, von außen immer denken, das ist alles nur Show. Ist es vielleicht auch auf den ersten Blick. Doch auf den Zweiten, bin ich schon ein wenig stolz als Jungsozialist*in „mitgestalten“ zu können. Heißt für mich, auch mal meine Karte gegen die Meinung der Antragskommission zu heben. Ich treffe Jusos aus dem Bundesgebiet und vielleicht sieht man mich ja auch im Fernsehen. Somit freut sich meine Oma. Doch wie ist es so nach drei verlorenen Landtagswahlen, Umfragetief und nur noch wenige Wochen bis zur Bundestagswahl. Können wir hier noch eine Trendwende einleiten?

Ganz klar unsere Aufgabe ist es jetzt, die Buchstaben des Wortes GERECHTIGKEIT mit Leben zu befüllen. Das haben wir auch an diesem Parteitag getan. So wurde unter anderem folgenden wichtigen Punkte für uns Jusos beschlossen,

- dass Frauen für den gleichen Job genau soviel verdienen sollen wie Männer
- dass wir kostenlose Bildung wollen, von KITA bis UNI
- dass wir die sachgrundlose Befristung abschaffen um jungen Menschen Planbarkeit im Leben zu ermöglichen
- dass wir eine Mindestausbildungsvergütung einführen (auf Antrag der Jusos München)
- dass wir die Mietpreisbremse nochmals nachschärfen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu gewährleisten.
- sowie Nachbesserungen beim Bafög

Trotz dieser vielen wichtigen Punkte im Wahlprogramm wurden innerparteiliche Konfliktthemen wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die künftige Höhe des Rentenniveaus abgeräumt - in beiden Fällen will der Parteivorstand eine Prüfkommision einsetzen. In der Prüfkommision zur Vermögenssteuer sind für Bayern Natascha Kohnen und Johanna Uekermann.

Ein besonderes Highlight war aber dann die Klare Haltung der Parteispitze beim Thema Abschiebungen nach Afghanistan - gegen den Willen der Parteispitze. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde mehrheitlich angenommen. „Wir werden bis auf Weiteres keine Abschiebungen nach Afghanistan vornehmen“, heißt es ohne weitere Einschränkungen in dem Text.

Die Parteispitze hatte eine spezielle Festlegung zu Abschiebungen nach Afghanistan vermeiden wollen. Sie hatte sich für die allgemeinere Formulierung ausgesprochen, wonach Abschiebungen nicht in Länder erfolgen sollten, wo die Betroffenen Gefahr laufen, Opfer von Krieg oder Gewalt zu werden. Dies erhielt jedoch nicht die Unterstützung der Mehrheit der Delegierten.

Mein generelles Fazit:

Wir haben ein gutes inhaltliches Wahlprogramm und wir müssen alles dafür tun, dass wir im September stärkste Kraft im Bundestag in einem progressiven Bündnis werden. Den #gerechteste, wenn am 24. September die GroKo Geschichte ist.

ANMERKUNG DER REDAKTION:

Dieser Text wurde vor der Wahl geschrieben. Das Wahlergebnis kennen wir ja leider. :(

Bericht von der Unterbezirkskonferenz

von Christian Köning

Am 20.07. fand bei hochsommerlichen Temperaturen im Augustiner Bürgerheim in der Schwanthalerhöhe die dritte Unterbezirkskonferenz der Jusos München im Jahr 2017 statt. Nach einer Begrüßung durch die Vorsitzende Lena Sterzer, erklärte diese den zahlreichen Delegierten und Gästen den formalen Ablauf der Konferenz und des gesamten Abends.

Nach der Erledigung der Formalia standen direkt zwei Nachwahlen für den Unterbezirksvorstand an. Melanie Geigenberger als neue Frauenbeauftragte und Benedict Lang als neuer Beisitzer für Kampagnen wurden einstimmig gewählt und nahmen die Wahl an. Herzlichen Glückwunsch auch nochmals an dieser Stelle.

Im Anschluss an die Nachwahlen wurden diverse Anträge behandelt: Erneut haben wir uns klar für die Umsetzung des Münchner Hauses für Schülerinnen und Schüler eingesetzt; wir haben über Schwimmen in München diskutiert und fordern ein neues Schwimmbad; wir fordern die Ausweitung des Programms „Vielfalt schlägt Einfalt“, das momentan bei städtischen Nachwuchskräften beispielhaft die interkulturelle Kompetenz fördert auch auf die Beschäftigten bei städtischen Tochtergesellschaften; wir setzen uns für Verbesserungen beim städtischen Kita-Finder ein und fordern die Umbenennung des Flughafens. Ganz tagesaktuell positionierten wir uns gegen die Umwandlung der Großmarkthalle in ein ÖPP-Projekt. Zudem diskutierten wir anhand einer Resolution länger über den G20 Gipfel, die dort ausgeübte Gewalt und die Folgen für die politische Debatte. Deutlich wenden wir uns gegen die Extremismustheorie, die leider auch in Äußerungen von SPD-PolitikerInnen wiederzufinden war. Ebenso kritisierten wir in einem Initiativantrag die vom bayerischen Landtag beschlossene Gefährderhaft.

Nach der Behandlung aller Anträge und einer kurzen Pause konnten wir als ReferentInnen Steffi Krammer und Jule Rothmayer begrüßen, die für die Jusos Teil der bayerischen SPD Delegation auf dem Bundesparteitag in Dortmund waren. Die beiden berichteten über atmosphärische Eindrücke, darüber wie der Parteitag überhaupt abläuft und natürlich auch über die Inhalte des Regierungsprogramms. Am Beispiel des Antrags der Jusos München Süd zum Berufsbildungsgesetz, der Eingang in das Regierungsprogramm gefunden hat, erklärte Steffi, wie sinnvoll gerade auch unsere inhaltliche Arbeit ist, wie wichtig aber auch die Hartnäckigkeit den Werdegang eines Antrags nach seiner Verabschiedung durch eine Konferenz weiter zu verfolgen. Viele Genossinnen und Genossen stellten Nachfragen zu Positionen der SPD bspw. in Steuer-, oder Arbeitsmarktpolitik, zur Situation von Azubis oder Studierenden aber auch zur Gesundheits- und Rentenpolitik, die von Steffi und Jule beantwortet werden konnten.

Nach diesem inhaltlichen Hauptpunkt der Konferenz wurden nochmal kurz Anträge beraten und verabschiedet, woraufhin die Verabschiedung von Ana Scheunemann anschloss, die aus dem Unterbezirksvorstand zurück getreten war, da sie einige Zeit in Asien weilt. Viele Dank an Ana auch nochmals an dieser Stelle. Mit dem Singen der Internationalen beendeten wir die Unterbezirkskonferenz und gingen gut gerüstet in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes.

Neu im Vorstand

Benedikt Lang (Öffentlichkeitsarbeit)

Alles, was in unserer Gesellschaft passiert, passiert nicht von selbst sondern ist von Menschen gemacht. Das bedeutet gleichzeitig, dass man alles was um einen herum passiert, verändern kann, wenn man andere Menschen von guten Ideen überzeugen kann.

Demokratie beruht darauf, andere zu überzeugen und Argumente auszutauschen, um die eigene Position stets zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Weil es mir nicht egal ist, was um mich herum passiert, finde ich es wichtig, mich in politische Debatten einzubringen.

Die Herausforderungen vor denen wir stehen sind zahlreich. München erlebt ein enormes Wachstum, die Ressourcen sind aber begrenzt. Um als Wirtschaftsstandort langfristig konkurrenzfähig zu bleiben müssen wir weitere Schritte in Richtung einer digitalen Gesellschaft gehen. Das fängt bei der Bildung an: Wenn man bei der Google Bildersuche den Begriff Schule eingibt und auf der ersten Seite nur Fotos von Tafel und Kreide findet, zeigt das, wie viel wir noch zu tun haben.

Gleichzeitig ist unsere Demokratie unter Druck. Immer mehr Menschen finden sich im politischen System nicht wieder und gehen dazu über, einfachen polemischen Argumentationen zu folgen.

Ich engagiere mich in der Kommunalpolitik, weil man dort direkte Ergebnisse seines Handelns für sich und andere erleben kann. Als Beisitzer für Kampagnen möchte ich den Inhalten der Jusos München und damit der Stimme von jungen Menschen, die sich für eine offene Stadtgesellschaft einsetzen, ein Gesicht geben und Gehör verschaffen. Gerade wir als junge Menschen, die noch lange Teil dieser Gesellschaft sein werden, sollten nicht aufhören unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen und mitzugestalten.

Melanie Geigenberger (Frauenbeauftragte)

Hi, ich bin Melanie. Zu den Hard-Facts könnte man zählen: 25, Wahl-Münchenerin und Schuhgröße 39. Oder so. Aber das ist halt so, wie es ist.

Was gehört noch zu mir? Mein Organizer, mein iPod und meine Excel Listen (über die sich die ein oder anderen schon lustig gemacht haben und an dieser Stelle gerne begrüßt fühlen dürfen).

Mein Organizer versorgt mich mit den notwendigen Infos über mein Leben. Wann ich wo sein sollte, was ich mitbringen muss und was ich dafür vorbereite. Mein iPod versorgt mich mit dem Soundtrack meines Lebens, für diverse Feminism-Rants und wenn ich nachts von Sitzungen nach Hause fahre und einfach mal die Mondscheinsonate brauche. Meine Excel Listen versorgen mich mit den To-Dos der nächsten Monate, dem Kalender des nächsten Jahres und Packlisten für diverse Verbandscamps.

Schon lange bevor ich bei den Jusos aktiv wurde, war ich bei der Gewerkschaftsjugend aktiv und mein Herz schlägt dafür auch immer noch. Für Jugendbildung, für Jugendpolitik, für Betriebspolitik.

Und für Feminismus. Oh, dafür schlägt mein Herz auch ziemlich stark. Deswegen wars wohl abzusehen, dass ich bei den Jusos München den AK Feminismus ins Leben gerufen habe und jetzt auch Frauenbeauftragte geworden bin. Das find ich schon eine echt nice Angelegenheit. Und ich freue mich ziemlich drauf, was mich die nächsten Jahre in – und vor allem mit – diesem Verband noch erwartet.

Also hi, Melanie hier. 25, Wahl-Münchenerin, Schuhgröße 39, Organisations-Genie, Feministin und jetzt Mensch mit eigener Juso E-Mailadresse. Läuft.



5 vor 12 - Das soziale Feldcafé der VolxKüche München e.V.

Gastbeitrag vom VolxKüche München e.V.

Die VolxKüche München institutionalisiert ihr Engagement mit einem Café im Münchner Stadtteil Milbertshofen. Das Vereins-Café, das Allen offen steht, ist aber nur Fassade – hinter ihr verbirgt sich viel Raum für politisches, soziales und kulturelles Engagement durch Kochen.

Wann funktioniert eine Gesellschaft? - Wenn Infrastruktur, das Rechts- und Verwaltungs-System und natürlich das politische System sinnvolle Rahmenbedingungen schaffen, die unser Zusammenleben ordnen.

Und wann lebt eine Gesellschaft? - Wenn es darüber hinaus genügend politisch, sozial und kulturell aktive Menschen gibt, die sich für Menschen einsetzen, die nicht in diese Gesellschaft zu passen scheinen, die sich überfordert oder abgehängt fühlen; die Veränderung fordern und umsetzen, wo die alten Strukturen nicht mehr greifen; die Missstände anmahnen und auf die Straße gehen, wenn andere wegsehen. Wir von der VolxKüche München unterstützen und fördern dieses Engagement – durch Kochen.

Wir bieten allen Gemeinschaften, die sich für ein friedliches, gerechtes und vielfältiges Miteinander einsetzen, an, dass wir sie mit Essen, Trinken, Logistik sowie Know-How unterstützen – flexibel angepasst an die Bedürfnisse und Möglichkeiten und Ressourcen der jeweiligen Gruppen und Personenkreise. Dadurch

ermöglichen wir auch kleinen und jungen Bewegungen, ihre politischen Aktivitäten durchzuführen und bauen so Hürden für gesellschaftliches Engagement ab, unterstützen und fördern Dieses. Zudem bieten wir engagierten Menschen einen Raum sich sinnvoll und eigenverantwortlich einzubringen – und dabei das ein oder andere Nützliche über das Kochen zu lernen.

Alles begann 2009 in München, als Studierende in Folge einer Solidaritätskundgebung für die Wiener Studienproteste erst den Sitzungssaal der Kunstakademie und später das Audimax der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) besetzten. Da sich mit leerem Magen aber schlecht besetzen, demonstrieren und debattieren lässt, gründete sich unter dem Motto „Ohne Mampf kein Kampf“ noch in den ersten Tagen der Besetzung die VolxKüche München.

In den folgenden bald acht Jahren seit den europaweiten Studentenprotesten hat sich die VolxKüche München (im Folgenden VoKü) von einer spontanen Initiative zu einer europaweit engagierten, gut organisierten Aktionsküche entwickelt.

Bis 2015 versorgte die VoKü ca. 14.000 Menschen, die sich für freie Bildung, soziale Politik und andere gesellschaftlichen Belange einsetzten, etwa bei den jährlich stattfindenden Bildungscamps vor der LMU oder bei Protesten beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau.



Als im September 2015 immer mehr Flüchtlinge am Münchner Hauptbahnhof ankamen, ist die VoKü vor Ort und versorgte die Ankommenden mit warmen Mahlzeiten und aufmunternden Worten. Die Hilfe der VoKü passierte so schnell und unkompliziert, dass die Stadt München die VoKü schließlich in der Erstaufnahmestelle Riechelstraße an der Donnersbergerbrücke einquartiert hat. Von dort aus versorgte die VoKü bis März 2016 mit weit über 100.000 Essen Geflüchtete und HelferInnen sowie andere Standorte und Organisationen wie etwa die ZOB Angels, die am Busbahnhof Gestrandete versorgten.

Zusätzlich stattete die VoKü Konvois und mobile Küchen aus, die an Europas Grenzen Nothilfe leisteten. Anfang 2016 startete die VoKü dann ihren ersten eigenen mobilen Großeinsatz in ein Flüchtlingscamp in Dunkerque im Norden Frankreichs. Wer hätte gedacht, dass es im Herzen Europas, weniger als 10 Stunden Fahrt von München aus, einen Ort gibt, an dem tausende Menschen unter so erbärmlichen Bedingungen bei Minusgraden ausharren müssen?

Nachdem das ursprüngliche Lager aus hygienischen Gründen zwangsgeräumt – und in weiten Teilen niedergebrannt – wurde, versorgte die VoKü monatelang das „erste offizielle Flüchtlingscamp Frankreichs“ als zentrale Lagerküche. Mit dem politisch forcierten Abklingen der Flüchtlingsströme weitete sich das Aktionsspektrum der VoKü wieder weiter aus. Im letzten Jahr wurden insgesamt etwa 40 Projekte von Jugend gegen Rassismus bis Ende Gelände (Stoppt den Kohleabbau) bekocht und begleitet.

Nun haben wir unsere Feldküche im Münchner Stadtteil Milbertshofen geparkt, nur 200m von der gleichnamigen U-Bahn-Haltestelle entfernt. Dort haben wir Mitte Juli in der Georgenschwaigstraße 26 unser Feldcafé, das „5 vor 12“ eröffnet.

Dieses Café ist nicht nur ein Ort zum Schlemmen, Wohlfühlen und Schlürfen von solidarischen Kaffeespezialitäten, es ist auch unserer neue Basisstation mit viel Raum für Engagement jeglicher Art. Neben dem laufenden Café-Betrieb können wir Projekte bekochen, Podiumsdiskussionen / Ausstellungen / etc. zu gesellschaftlich relevanten Themen veranstalten und auswärtige Einsätze planen. Damit für unsere Gäste Geld kein Grund ist hungrig zu bleiben, gibt es jeden Tag ein Gericht auf Spendenbasis. Der Café-Betrieb finanziert dabei nicht nur die Vereins-Küche, er dient auch als Übungsfeld für unsere HelferInnen und KöchInnen. Langfristig wollen wir so unser Netzwerk weiter aufbauen, damit Menschen unkompliziert und spontan unterstützt werden können, die engagiert für eine lebendige Gesellschaft eintreten und um in Krisenzeiten dort helfen zu können, wo es notwendig wird.

Sei dabei! Unterstütze unsere Arbeit durch Spenden, Engagement bei einem unserer Projekte oder ganz einfach durch einen Besuch im Café. Wir freuen uns auf Euch!

Alphabetisches Abkürzungsverzeichnis

- **AG** (Arbeitsgemeinschaft)
- **60plus** (Arbeitsgemeinschaft für über 60-jährige)
- **AGS** (Arbeitsgemeinschaft Selbstständige)
- **AfA** (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerinnenfragen)
- **AfB** (Arbeitsgemeinschaft für Bildung)
- **AG Migration und Vielfalt**
- **AsF** (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen)
- **ASG** (Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen im Gesundheitswesen)
- **AsJ** (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen)
- **Jusos** (Jungsozialistinnen in der SPD)

- **Selbst Aktiv** (Arbeitsgemeinschaft Menschen mit Behinderung in der SPD)
- **SPDqueer** (Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung)
- **AK** (Arbeitskreis)
- **AKC** (Arbeitskreis Christinnen)
- **AK Antifa** (Arbeitskreis Antifaschismus)
- **AK Internat** (Arbeitskreis Internationales)
- **AKJS** (Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen)
- **AKMS** (Arbeitskreis muslimischer Sozialdemokratinnen)
- **AK Komm** (Arbeitskreis Kommunalpolitik)
- **AK WiSo-Pol** (Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialpolitik)
- **AvS** (Arbeitskreis ehemals verfolgter Sozialdemokratiinnen)
- **ÄA** (Änderungsantrag)
- **BA** (Bezirksausschuss)
- **BeKo** (Bezirkskonferenz)
- **BeVo** (Bezirksvorstand)
- **BGF** (Bundesgeschäftsführerin)
- **BKT** (Bundeskoordinierungstreffen der Hochschulgruppen)
- **BPT** (Bundesparteitag)
- **BuKo** (Bundeskongress)
- **BuVo** (Bundesvorstand)
- **BWK** (Bundeswahlkreis)
- **GeVo** (Gesamtvorstand)
- **GF** (Geschäftsführerin)

- **GO** (Geschäftsordnung)
- **HSG** (Hochschulgruppe)
- **Ini** (Initiativantrag)
- **IUSY** (International Union of Socialist Youth)
- **JHV** (Jahreshauptversammlung)
- **JSAG** (Juso Schülerinnen und Auszubildenden Gruppe)

- **KV** (Kreisverband)
- **LaKo** (Landeskonferenz)
- **LaVo** (Landesvorstand)
- **LKT** (Landeskoordinierungstreffen der Hochschulgruppen)
- **LPT** (Landesparteitag)
- **LSK** (Landesstimmkreis)
- **LVV** (Landesvertreterversammlung)
- **MdB** (Mitglied des Bundestags)
- **MdEP** (Mitglied des Europäischen Parlaments)
- **MdL** (Mitglied des Landtags)
- **MPZK** (Mandatsprüfungs- und Zählkommission)
- **MV** (Mitgliederversammlung)
- **OB** (Oberbürgermeisterin)
- **OrgStat** (Organisationsstatut)
- **OV** (Ortsverein)
- **PG** (Projektgruppe)
- **PO-Verfahren** (Parteiordnungsverfahren)
- **RPJ** (Ring Politischer Jugend)
- **RV** (Regionalverband)
- **SchO** (Schiedsordnung)
- **SI** (Sozialistische Internationale)
- **SPD** (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
- **SPE** (Sozialdemokratische Partei Europas)
- **StR** (Stadträtin)
- **S&D** (Socialists and Democrats)
- **UB** (Unterbezirk)
- **UBK** (Unterbezirkskonferenz)
- **WBC** (Willy-Brand-Center Jerusalem)
- **WBH** (Willy-Brandt-Haus)
- **WC** (Water Closet, Ein-Personen-Sitzungssaal)
- **WO** (Wahlordnung)
- **YES** (Young European Socialists)*

Deine Ansprechpartner*innen bei den Jusos München:



Lena Sterzer
Vorsitzende der Jusos München
sterzer@jusos-m.de



Milos Vujovic
Stv. Vorsitzender und Beisitzer für politische Bildung
vujovic@jusos-m.de



Melanie Geigenberger
Frauenbeauftragte
geigenberger@jusos-m.de



Philip Fickel
Geschäftsführer
fickel@jusos-m.de



Timothy Hall
Beisitzer für Publikationen
hall@jusos-m.de



Carmen Wegge
Beisitzerin für Onlinekommunikation
wegge@jusos-m.de



Benedikt Lang
Beisitzer für Öffentlichkeitsarbeit
lang@jusos-m.de



Louisa Pehle
Beisitzerin für Mitgliederbetreuung
pehle@jusos-m.de

Das Münchner Stadtgebiet ist in vier Regionalverbände (RV), entsprechend den Bundestagswahlkreisen unterteilt. Für jeden RV gibt es eine/n AnsprechpartnerIn für dich im Vorstand:



Frederick Knappe
Regionalverband Nord
knappe@jusos-m.de



Lena Odell
Stv. Vorsitzende und Regionalverband Ost
odell@jusos-m.de



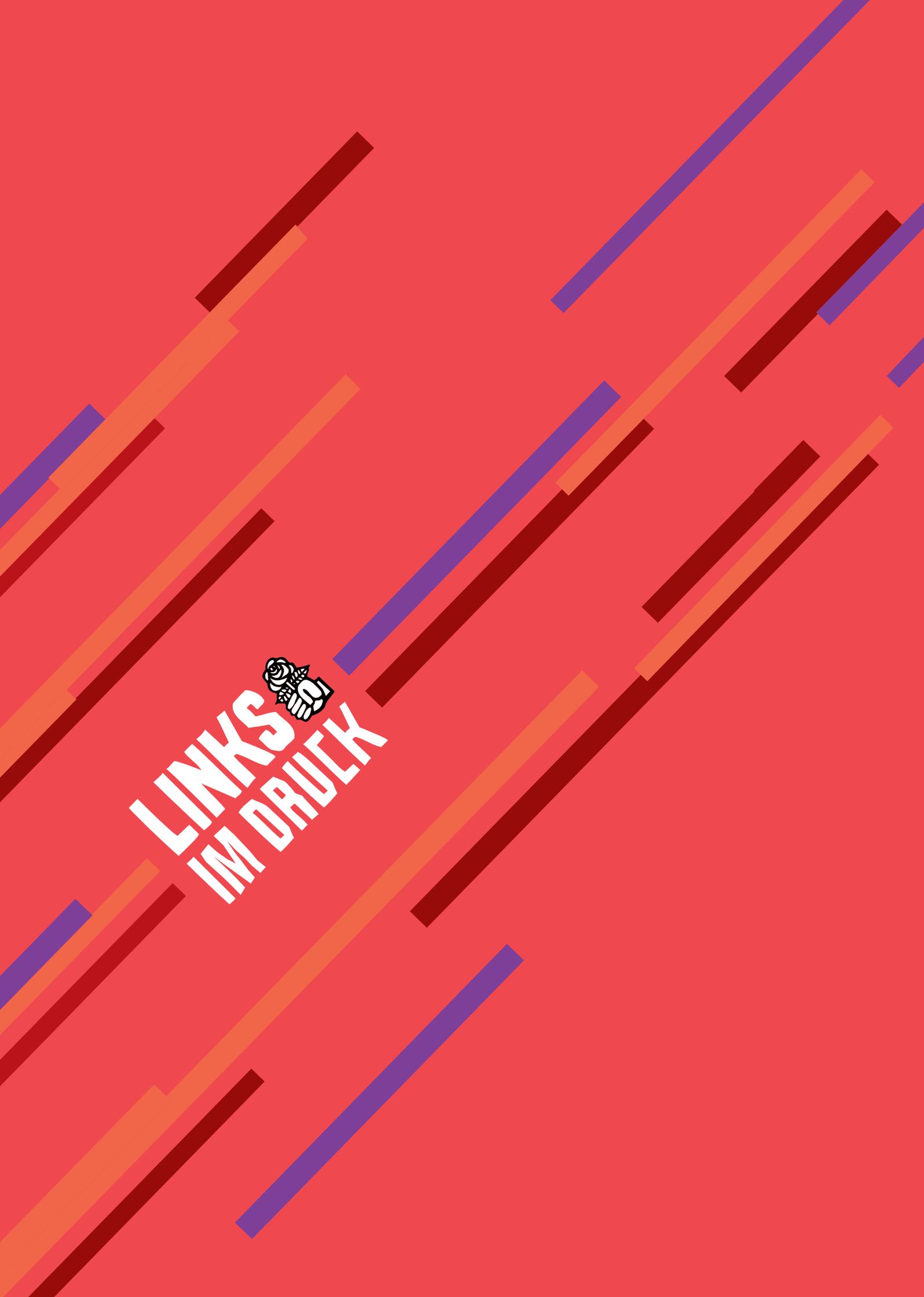
Marcel Paradies
Regionalverband Süd
paradies@jusos-m.de



Christian Köning
Regionalverband West
koening@jusos-m.de

Kooptiert zur Unterstützung im Vorstand:

Max Ganz (VertreterInnen der Juso Hochschulgruppen München), Stefanie Krammer (Vorsitzende der Jusos Bayern), Anno Dietz (Stellv. Vorsitzender der Jusos Bayern), Till Heckelbacher (Stellv. Vorsitzender der Jusos Oberbayern), Julia Rothmeyer (Stellv. Vorsitzende der Jusos Bayern)



**LINKS
IN DRUCK**

